



BIZ Bürgerinitiative Zukunft für Koblenz e.V.

transparent - bürgernah - sachlich

Infobrief #6 – Juni 2010

Der Blick hinter die Kulissen der Koblenzer Kommunalpolitik – Mit diesem Infobrief erfahren Sie, was WIRKLICH passiert. Der Infobrief erscheint künftig unregelmäßig und informiert Sie über die wichtigen kommunalpolitischen Entscheidungen und Entwicklungen in Koblenz

Infobrief abonnieren: Wenn Sie diesen Infobrief künftig per E-Mail erhalten möchten, senden Sie uns einfach eine E-Mail mit Betreff INFOBRFIEF ABONNIEREN an infobrief.biz-koblenz@gmx.de oder abonnieren Sie den Infobrief auf www.bi-zukunft.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

die **Bürgerinitiative Zukunft für Koblenz e.V.** (BIZ, www.bi-zukunft.de), wurde im Februar 2009 von Bürgern der Stadt Koblenz gegründet zu dem Zweck Alternativen zu der investoren- und parteiengesteuerten Koblenzer Stadtratspolitik zu entwickeln. Seit der Kommunalwahl vom Juni 2009 hat die BIZ sechs Sitze im Stadtrat. Mit ihrer Stadtratsarbeit und mit der Vereinsarbeit, die durch gewählte Fachbeiräte auf den Gebieten Haushalt, Soziales, Kultur, Bildung/Schulen, Bau- und Verkehrsplanung, Umwelt und Sport unterstützt wird, setzt sich die **Bürgerinitiative Zukunft für Koblenz** für die Belange der Koblenzer Bürger ein. Für jene Bürger, die den etablierten Parteien im Koblenzer Stadtrat nicht mehr zutrauen, finanzpolitisch und städteplanerisch verantwortungsvoll (Steuergelder der Bürger!) zum Wohl der Stadt Koblenz zu wirken. Die **BIZ** will darüber hinaus bürgernahe Alternativen zur ökonomischen, ökologischen, sozialen, kulturellen und städteplanerischen Zukunft von Koblenz entwickeln, präsentieren und zur Diskussion stellen.

TOP-Thema Zentralplatz +++ Europabrücke teilgesperrt ++ Kurzfristige Sanierung kostet Steuerzahler fünf Millionen Euro ++ Gesamter Sanierungsstau womöglich mehr als 100 Millionen Euro +++ Café Rheinanlagen – Expertenanhörung vor dem Stadtrat +++ BIZ zu Gast bei der ARGE Koblenz +++ Stadt will gebührenpflichtige Parkzeiten ausdehnen

Editorial – Der schwedisch-deutsche Ökonom, Philosoph und Stifter des alternativen Nobelpreises Jakob von Uexküll hat in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (FAS) vom 23. Mai 2010 auf die Frage: „Sie glauben an Revolution?“ geantwortet: „Ja, ein Teil der Bevölkerung ist ohnehin daran gewöhnt, mit wenig Geld auszukommen, aber wenn die Anderen plötzlich etwas abgeben müssen, kann es brenzlig werden – zumal wir uns nicht auf eine Solidarität, wie es sie in vielen armen Ländern gibt, verlassen können. Dann sind Ersparnisse und Renten weg, und die Leute werden in Panik ausbrechen ... Für mich ist erstaunlich, dass Politiker meinen, ausschließlich dann gewählt zu werden, wenn sie den Leuten versprechen, dass alles gut bleibt ... Ich glaube fest daran, dass, wer heute die Wahrheit sagt, großen politischen Erfolg haben würde.“

Das Hauptbestreben der BIZ im Stadtrat Koblenz ist: DIE WAHRHEIT ZU SAGEN, auch wenn sie nicht bequem ist.

Unser neuer OB Hofmann-Göttig hat – zitiert aus der Rhein-Zeitung (RZ) vom 28. Mai 2010 – im Zusammenhang mit neu anstehenden Ratsentscheidungen zum Kulturbau auf dem Zentralplatz und einem offenen Brief von CDU-Stadratsmitglied Assenmacher davon gesprochen, dass im Rat nun endlich eine neue politische Kultur der Akzeptanz von Mehrheitsverhältnissen Einzug halten müsse. („Wir brauchen eine politische Kultur, bei der man irgendwann einmal einsieht, dass man in der Minderheit ist“). Man kann das auch als eine Kultur des Abnicks bezeichnen, wie es im Koblenzer Stadtrat üblich war, bis die BIZ dort einzog. Eine echte demokratische parlamentarische Opposition wird sich nicht einfach mit Mehrheiten zufrieden geben. Das ist ihre Pflicht und Aufgabe.

Vielleicht hat OB Hofmann-Göttig diese Definition von demokratisch parlamentarischer Opposition in seiner Zeit als Staatssekretär in der SPD-Alleinregierung etwas aus den Augen verloren. Opposition hat die Pflicht zu unliebsamen Wahrheiten. Die im Verein und in der Ratsfraktion der BIZ Verantwortlichen sind sich dieser politisch-moralischen Verantwortung bewusst. Sie handeln im Stadtrat nach dem Gebot der Pflicht der Opposition, und sie haben und werden sich weiterhin ihrer Pflicht bewusst sein, unbequeme und ggf. unpopuläre Wahrheiten öffentlich auszusprechen.

Am 28. Mai 2010 entschied der Koblenzer Stadtrat einstimmig, dass Koblenz auch nach der geplanten Änderung des Grundgesetzes im Rahmen der Neuordnung der Träger für Leistungen nach SGB II nicht eine so genannte Optionskommune anstrebt. Demnach wird es wohl nach voraussichtlicher Grundgesetzänderung bei der gemeinsamen Betreuung von Langzeitarbeitslosen und Hilfebedürftigen im Sinne des SGB II von der Stadt Koblenz und der Agentur für Arbeit bleiben. Eine so genannte Optionskommune hätte bedeutet, dass die Stadt Koblenz jene Betreuung allein übernimmt und hätte dafür auch das entsprechende Personal der Agentur für Arbeit übernehmen müssen. Man hätte seitens der Stadt in diesem Fall eine umfassende Neuorganisation vornehmen müssen. Die bereits bestehenden Baustellen in Stadt und Verwaltung sind wahrlich genug Herausforderung der kommenden Monate und Jahre, gerade vor dem Hintergrund der schwierigen finanziellen Haushaltssituation. Die zunehmenden Herausforderungen im Sozialbereich bleiben eine enorme Herkulesaufgabe, die nur mithilfe der freien sozialen Träger zu bewältigen ist. Es wird Zeit, diese Aspekte auch in einer nachhaltigen Stadtplanung gebührend zu berücksichtigen.

Übrigens, wichtige Informationen zur letzten Ratssitzung haben wir auch in unseren beiden aktuellen BIZ Videos zusammengestellt.

Dr. Michael Winter, Stefan Bernhard Mies

Schlechter Zustand der Europabrücke erfordert Sofort-Maßnahmen – Kosten: rund fünf Millionen Euro

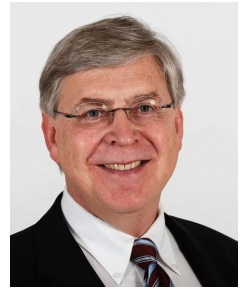
Aus der Rede des Fraktionsvorsitzenden Dr. Michael Gross: Die BIZ-Fraktion stimmt dieser unabwendbaren Maßnahme zu. Hier holen uns die grob fahrlässigen Versäumnisse der Vergangenheit gnadenlos ein!

Es bleibt unsere Aufgabe als Stadtrat, ohne falsche Rücksichtnahme, zu hinterfragen, **wer dafür verantwortlich** ist und welche Konsequenzen zwingend zu ziehen sind! Diese Maßnahme ist erst der Anfang einer Sanierungskostenlawine allein an den Brücken (und weiteren Ingenieurbauwerke) in **mindestens zwanzigfacher Höhe**.

Ein außergewöhnlicher Schaden an den Lebensadern unserer Stadt an zwei Flüssen, der hätte vermieden werden müssen! Das resultiert nicht zuletzt aus der Tatsache, dass die Schwerpunkte falsch gesetzt wurden und werden. Statt in die Wiederherstellung der Infrastruktur zu investieren, werden völlig unsinnige und völlig überbeuerte Prestigeobjekte weiterverfolgt, die bei der dramatisch zunehmenden Verschuldung unsere Stadt weiter in die Zahlungsunfähigkeit treiben!

Der Nürburgring lässt grüßen! Es ist wie in einem falschen Film: In den Ausschüssen wird stundenlang über Ausstattungsdetails dieser Prestigeobjekte diskutiert während die Infrastruktur zusammenbricht! Der neue OB kann sich nicht mehr lange hinter den Fehlern seines Vorgängers verstecken. **Ein „Weiter so“ kann es nicht geben!**

Lesen Sie mehr auf www.bi-zukunft.de



Meilenstein in Richtung Hallenbad – Beschluss vorbehaltlich der Finanzierbarkeit

Seit Jahren wird im Koblenzer Stadtrat über ein neues Hallenbad diskutiert. Nach Aussage der Verwaltung scheint es um das Gebäude des Stadtbades in der Weißer Gasse nicht mehr gut bestellt.

Koblenz als Oberzentrum im nördlichen Rheinland-Pfalz kann auf ein Hallenbad nicht verzichten – trotz aller Notwendigkeit zum eisernen Sparen – soweit sind sich alle Fraktionen im Koblenzer Stadtrat einig. Ein Hallenbad ist nach Ansicht der BIZ nicht nur elementarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge, sondern auch ein Muss-Angebot, will Koblenz den Status als Oberzentrum behalten.

Gerade auch in den vergangenen Wochen und Monaten hat sich die Diskussion um eine Alternative zum schließenden Stadtbad ereignet. Während die größeren Fraktionen sowie Grüne und BIZ einen Neubau in Eigenregie favorisieren, brachte die FDP Vorschläge ein, einen Neubau zu verschieben und zwischenzeitlich einen Bustransfer z. B. zum Schwimmbad in Mülheim-Kärlich als Alternative anzubieten. Zudem bevorzugen die Liberalen einen Neubau mit einem privaten Investor (so genanntes PPP-Modell, „Public-Private-Partnership“). Da es sich um ein Angebot der Daseinsvorsorge handelt, besteht die BIZ jedoch auf einer Eigenlösung der Stadt, die nach einem Gutachten nicht einmal teurer ist und zudem die Handlungs- und Gestaltungshoheit der Stadt garantiert. Andere Großprojekte in Koblenz haben jüngst gezeigt, dass es nicht gut ist, wenn die Stadt Koblenz nicht „Herr des Verfahrens“ ist.

Auf Initiative der BIZ-Fraktion hin wurde jedoch eine maßgebliche Änderung in den Ursprungsentwurf der Beschlussvorlage gebracht: Der Vorbehalt der Finanzierbarkeit. Gerade in Zeiten der schwierigen Finanzlage in Bund, Ländern und deutschen Gemeinden und besonders in Koblenz bedarf es seriöser Betrachtung der Finanzierungsmöglichkeit, schon aus Respekt vor der nächsten Generationen.

Gleichwohl wird die Bürgermeisterin der Stadt Koblenz, Hammes-Rosenstein, mit dem jüngsten Ratsbeschluss beauftragt, konkret über Fördermittel etc. mit Land und Kommunalaufsicht in Verhandlung zu gehen. Hinsichtlich eines künftigen Hallenbad-Neubaus besteht also nun Klarheit über das Ob und sogar auch das Wie, nur die Finanzierung und somit der Zeitpunkt für den Neubau müssen sorgfältig geprüft werden.

Die BIZ und BIZ-Fraktion begrüßen außerordentlich, dass bei diesem Vorhaben die Prüfung der Finanzierbarkeit in Gänze vor dem konkreten Beginn der Investitionsmaßnahme erfolgt. So muss es mit allen solchen Projekten sein.

Lesen Sie mehr auf www.bi-zukunft.de



Agentur für Arbeit und Stadt Koblenz wollen auch in Zukunft gemeinsam Hilfebedürftige betreuen

Am 20. Mai 2010 hatte die ARGE Koblenz die Mitglieder der BIZ zu einem Infoabend geladen. Der Leiter der ARGE, Herr Ackermann informierte über folgende Themen:

1. Die ARGE und ihre Aufgaben
2. Leistungen aus dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II, Gesetzliche Grundlage für die Leistungen der ARGE)
3. Neuorganisation des SGB II (Geplante Grundgesetzänderung zukünftig weiterhin gemeinsamen Betreuung von Hilfebedürftigen im Sinne des SGB II durch Agentur für Arbeit und Stadt Koblenz)



Herr Ackermann hat mit großer Sachkenntnis und erkennbarem Engagement Zahlen und Fakten genannt, kooperative Schnittstellen zwischen Agentur für Arbeit und Kommune aufgezeigt und die Gäste über Eingliederungsmaßnahmen ins Arbeitsleben von schwer vermittelbaren Jugendlichen aufgeklärt.

Rund 10.000 Bürger der Stadt Koblenz nehmen Leistungen nach dem SGB II in Anspruch, also rund jeder zehnte Einwohner von Koblenz. Dank der guten Zusammenarbeit zwischen der Stadt Koblenz und der Agentur für Arbeit sind nach Aussage Ackermanns bereits erste Erfolge sichtbar. Deshalb halte man an dem Modell ARGE „zwei Leitungen unter einem Dach und aus einer Hand“ fest.

Der Stadtrat Koblenz hatte sich unter Punkt 10 der öffentlichen Sitzung vom 28. Mai 2010 mit der Neuorganisation des SGB II zu beschäftigen. Einstimmig hat sich der Rat für das Modell der gemeinsamen Betreuung und nicht für das Modell der Optionskommune entschieden. Das bisher als ARGE bezeichnete gemeinsame Betreuung von Agentur für Arbeit und Kommune erhält künftig einen neuen Namen: „Gemeinsame Einrichtung“.

Ratsmitglied Monika Hömberger (BIZ) zeigt sich besorgt angesichts der gegenwärtigen Diskussionen und Fakten: „Seit Beginn meiner Ratsarbeit in den Ausschüssen, die dem Amt 50 (Amt für Soziales der Stadt Koblenz) zuzuordnen sind, wird mir immer bewusst, dass die Aufgaben der Stadt Koblenz in den nächsten Jahren dramatisch ansteigen. Es beginnt bei der Grundversorgung der Kleinen bis hin zu den Senioren. Immer öfter müssen Aufgaben übernommen werden, die eine Familie normalerweise leistet. Die Kleiderbörsen für Groß und Klein sind nicht mehr wegzudenken. Ein warmes Essen finden viele nur noch in sozialen Einrichtungen. Deshalb ist die Sorge der BIZ: wenn Prestigeobjekte wie der Kulturbau realisiert werden, reichen da noch die Mittel, die Erfordernisse der sozialen Grundversorgung zu sichern?“



Aus dem Stadtrat Koblenz – Expertenanhörung zum Bauprojekt Café Rheinanlagen

Grundstückkaufvertrag von 1989 war Gegenstand einer Expertenanhörung

Im nichtöffentlichen Teil der Stadtrat Sitzung vom 28. Mai 2010 erfolgte die von der BIZ-Fraktion initiierte Expertenanhörung zum Bauprojekt Café Rheinanlagen. Dabei ging es im Wesentlichen um die Frage der Auslegung der vertraglichen Regelungen des Grundstückskaufvertrags von 1989 zwischen der Stadt Koblenz und dem seinerzeitigen Investor.

Aus Gründen der in diesem Fall berechtigten Nichtöffentlichkeit darf eine detaillierte Berichterstattung über die Ergebnisse der Expertenanhörung seitens der BIZ-Fraktion leider nicht erfolgen. Bekanntermaßen vertritt die BIZ-Fraktion aber die Auffassung, dass eine künftige Neubebauung in Art und Maß so kleinteilig wie eben möglich erfolgen sollte.

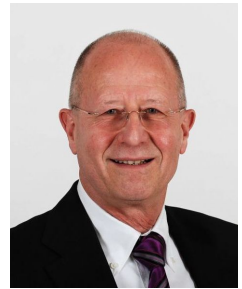
Der Bebauungsplan Café Rheinanlagen steht noch zur Beschlusslage offen und soll voraussichtlich in einer der nächsten Stadtrat Sitzung dem Rat zur Entscheidung vorgelegt werden.

Lesen Sie mehr auf www.bi-zukunft.de

Stadt will Parkgebührenzeiten um 11 Stunden pro Woche ausdehnen – Gebühren auch samstags bis 20 Uhr geplant

Die Stadtverwaltung Koblenz plant eine Neuordnung der gebührenpflichtigen Parkzeiten in der Koblenzer City (Moselufer bis Markenbildchenweg). Wochentags soll die bisher gebührenpflichtige Zeit von 8 bis 19 Uhr auf 20 Uhr verlängert werden und samstags von bisher 8 bis 14 Uhr auf dann ebenfalls 20 Uhr. Dies bedeutet eine Ausdehnung der gebührenpflichtigen Zeiten um 11 Stunden pro Woche.

Grundsätzlich ist dies gerade vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der Stadt verständlich. Einnahmeverbesserungen sind vor diesem Hintergrund grundsätzlich begrüßenswert. Beim sensiblen Thema der Parkgebühren (dies betrifft vor allem Besucher unserer Stadt) ist jedoch Vorsicht geboten, nämlich dass man die nicht Attraktivität unserer Stadt für Besucher gefährdet, die als Tourismus- und Einzelhandelskunden einen wichtigen wirtschaftlichen Faktor für Koblenz bedeuten. Etwaige Umsatzrückgänge und in der Folge Gewerbe- und Einkommensteuermindereinnahmen könnten die geplanten Mehreinnahmen bei den Parkgebühren schnell auffressen oder gar überkompensieren. Die überparteilich als wichtig erkannte „Magnetfunktion“ darf nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.



Die wirtschaftlichen Effekte der geplanten Ausdehnung der Parkgebührenzeiten müssen mit den entsprechenden Gebührenmehreinnahmen also sorgsam abgewägt werden.

Mögliche Folgen im Falle der Umsetzung der geplanten Maßnahme durch die Stadtverwaltung hat Ratsmitglied Edgar Kühlenthal (BIZ) im aktuellen BIZ-Video dargelegt. Herr Kühlenthal führt ein renommiertes Einzelhandelsgeschäft, welches bereits seit mehreren Generationen besteht. Zudem spricht er als Vorsitzender des Einzelhandelsverbands Koblenz auch für viele seiner Kollegen.

Kühlenthal: „Die Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt hat direkte Auswirkungen auf die Umsätze des Einzelhandels in der Innenstadt. Im Oberzentrum Koblenz, dessen Kunden ganz verstärkt an Samstagen aus dem Umland kommen, trifft dies besonders zu. Aus eigener Erfahrung und aus Gesprächen mit Kollegen weiß ich, dass die Kunden die Möglichkeit an Samstagen ab 14 Uhr frei zu parken ganz bewusst nutzen: Es ist ein Bonbon für sie!

Es ist bekannt, dass das Löhr-Center gerade diesen Effekt schon lange mit großem Erfolg nutzt und seinen Kunden an Samstagen ab 16 Uhr freies Parken gewährt. Insofern sehen der Koblenzer Einzelhandel und auch ‚Alle lieben Koblenz‘ in der Bewirtschaftung des Parkraums an Samstagen ab 14 Uhr ein falsches Zeichen zum falschen Zeitpunkt.

Die genannten zu dieser Maßnahme fachkundigen Institutionen sind nicht befragt worden und können daher nicht als Mitautoren für die in der Unterrichtungsvorlage zitierte Empfehlung herangezogen werden. Zugegeben: Hier ist eine Abwägung zwischen den verschiedenen Interessen vorzunehmen. Der Verlust der Attraktivität und damit an Einzelhandelsumsätzen für die Stadt Koblenz sollte dabei gebührend in der Rechnung angesetzt werden! Die BIZ-Fraktion möchte die Verwaltung daher bitten:

- diese Aspekte zu berücksichtigen
- in Zukunft bei solchen Fragen in Koblenz ansässige fachkundige Institutionen mit einzubeziehen und
- die Parkraumbewirtschaftung an Samstagen ab 14 Uhr nicht einzuführen.“

Fazit: Augenmaß bei diesem sensiblen Thema ist oberstes Gebot. Bei dieser Maßnahme wäre die in anderen Gemeinden auch sonst übliche Einbeziehung der Gewerbetreibenden zu empfehlen und auch notwendig. Die BIZ setzt in die Vernunft der Entscheidungsträger in der Verwaltung.

Lesen Sie mehr auf www.bi-zukunft.de

Schon gesehen? Aktuelle Podcast Sendung zur Stadtrat Sitzung vom 29. Februar 2010 und weitere Sendungen auf www.youtube.com/bizukunft

Schon gelesen? KUcK mal, Koblenzer Umweltkurier, erhältlich im KUB.A Koblenzer Umweltbüro, Eltzerhofstr. in Koblenz

BIZ@twitter Folgen Sie uns auf www.twitter.com/biz_koblenz

Unterstützen Sie uns! Spendenkonto: Sparkasse Koblenz, BLZ 570 501 20, Konto 700 120

Zukunft für Koblenz mitgestalten. BIZ.

Impressum

Bürgerinitiative Zukunft für Koblenz (BIZ) e. V., Kurfürstenstr. 23, 56068 Koblenz
Telefon (0162) 8 09 69 59, Fax (0261) 1 59 22, BIZ-Koblenz@gmx.de

Vereinsregister AG Koblenz VR 20460

Vorsitzender: Stephan Wefelscheid, Stellvertretender Vorsitzender: Alexander Schöne

V.i.S.d.P.: Stefan Bernhard Mies, Pressesprecher BIZ, Presse.BIZ-Koblenz@gmx.de